

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XIII
Literaturverzeichnis .....	XXI
<b>Teil I Grundlagen des Insolvenzverfahrens und die Besonderheiten beim Insolvenzverfahren natürlicher Personen .....</b>	1
1. Verfahrensziele und Grundregeln .....	1
1.1 Verfahrensziele .....	1
1.2 Grundregeln des Insolvenzverfahrens .....	6
1.2.1 Zuständigkeit innerhalb des Insolvenzgerichtes .....	6
1.2.2 Amtsermittlung .....	7
1.2.3 Sofortige Beschwerde .....	8
1.2.4 Veröffentlichung insolvenzgerichtlicher Entscheidungen .....	10
1.2.5 Verweis auf die Regelungen der Zivilprozeßordnung .....	13
1.3 Besonderheiten beim Insolvenzverfahren natürlicher Personen .....	13
2. Statistische Eckpunkte zum Privatinsolvenzverfahren .....	15
2.1 Überblick über den Bedarf für ein Privatinsolvenzverfahren .....	15
2.2 Die Antragszahlen .....	17
3. Sinn, Zweck und Nutzen des Verfahrens .....	19
4. Das Verfahren im europäischen Vergleich .....	23
4.1 Die europäische Restschuldbefreiungswirkung .....	24
4.2 »Restschuldbefreiungs-Tourismus? .....	25
4.2.1 Tatsächlicher Wohnsitzwechsel? – Maßnahmen gegen ausländische RSB .....	26
4.2.2 Missbrauchsprüfung .....	27
5. Die Reformen des Privatinsolvenzverfahrens .....	29
6. Die Einordnung des Schuldners in die richtige Verfahrensart .....	37
6.1 Wesentliche Unterschiede Regelinsolvenz-/Verbraucherinsolvenzverfahren im Verfahren natürlicher Personen .....	40
6.2 Abgrenzungen – Selbständige wirtschaftliche Tätigkeit .....	42
6.3 Unüberschaubarkeit/Forderungen aus Arbeitsverhältnissen .....	44
6.4 Beschwerde gegen Eröffnung in unzutreffender Verfahrensart? .....	46
<b>Teil II Das Verfahren bis zur Verfahrensaufhebung .....</b>	47
1. Das außergerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren – die »Scheiternsbescheinigung im Verbraucherinsolvenzverfahren .....	48
1.1 Die geeignete Stelle/Person .....	50
1.2 Die »Scheiternsbescheinigung« .....	54
2. Die Antragstellung für das gerichtliche Verfahren .....	57
2.1 Eckpunkte des Verfahrens .....	58

# Inhaltsverzeichnis

---

2.1.1 Verhältnis Verbraucherinsolvenz-Regelinsolvenz . . . . .	58
2.1.2 Sondervorschriften . . . . .	59
2.2 Antragspflicht? . . . . .	60
2.3 Das Rechtsschutzbedürfnis für die Eigenantrag- und RSB-Antragstellung . . . . .	62
2.3.1 Zu wenig Gläubiger . . . . .	62
2.3.2 Zu wenig Schulden . . . . .	62
2.3.3 Das Zweitinsolvenzverfahren . . . . .	63
2.3.4 Erstverfahren ist ohne/mit RSB beendet . . . . .	67
2.4 Der Eigenantrag . . . . .	77
2.4.1 Der vollständige Antrag im Regelinsolvenzverfahren . . . . .	77
2.4.2 Der vollständige Antrag im Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	84
2.4.3 Die Rücknahmefiktion . . . . .	86
2.5 Der Gläubigerantrag . . . . .	88
3. Die Vorentscheidungen des Gerichtes vor der Eröffnung des Verfahrens . . . . .	95
3.1 Das Zustimmungs-Ersetzungsverfahren zum SBP (§ 309 InsO) . . . . .	96
3.1.1 Praxisrelevanz und Zukunft des Verfahrens . . . . .	96
3.1.2 Umsetzung des Schuldenbereinigungsplanverfahrens . . . . .	98
3.2 Exkurs: Die Stundung der Verfahrenskosten gem. §§ 4aff. InsO . . . . .	104
3.2.1 Antragstellung, Umfang . . . . .	104
3.2.2 Überprüfungsmöglichkeit . . . . .	109
3.2.3 »Öffnungsrechtsprechung« für Stundungsversagung bzw. -aufhebung . . . . .	113
3.2.4 Mitwirkung und ihre Grenzen . . . . .	119
3.2.5 Das Ehegatten-Einkommen und die Stundung der Verfahrenskosten . . . . .	120
3.2.6 »Zurücklegungspflicht« des Schuldners? . . . . .	124
3.2.7 Einzelfragen zur Stundung der Verfahrenskosten . . . . .	124
3.2.8 Rückzahlung der gestundeten Beträge . . . . .	125
3.2.9 PKH-Vorschriften anwendbar/Beiordnung eines Rechtsanwaltes? . . . . .	128
4. Kombinierte Eingangentscheidung des Insolvenzgerichtes . . . . .	131
4.1 Zulässigkeitsprüfung . . . . .	133
4.1.2 Prüfung: Bereits erteilte RSB in Vorverfahren oder Versagung gem. § 297 InsO? . . . . .	133
4.1.3 Prüfung: Sperrfrist wegen vorheriger RSB-Versagung aufgrund anderer Vorschriften . . . . .	134
4.1.4 Umfang der gerichtlichen Prüfung . . . . .	134
4.2. Vor-Prüfung möglicher Versagungsgründe . . . . .	136
4.3 Gerichtliches Vorgehen nach der Zulässigkeitsprüfung für den RSB-Antrag . . . . .	137
5. Das vereinfachte eröffnete Verfahren, §§ 311 ff. InsO . . . . .	141
 <b>Teil III Der Umfang der Masse . . . . .</b>	 145
1. Wirkungen der Verfahrenseröffnung . . . . .	146
1.1 Zeitpunkt der Wirkung der Eröffnung . . . . .	149
1.1.1 Bestimmung des Zeitpunkts des Eintrittes der Eröffnungswirkung . . . . .	149
1.1.2 Maßgeblichkeit des Zeitpunktes für Rechtsmittel . . . . .	150
1.2 Beispiele der Wirkungsentfaltung . . . . .	151

1.2.1	Unwirksame Rechtserwerbe nach Eröffnung . . . . .	152
1.2.2	Vollstreckungsstopp . . . . .	159
1.2.3	Vertragswirkungsbegrenzungen . . . . .	160
1.2.4	Abtretungsbegrenzung (§ 114 InsO). . . . .	168
1.3	Anmeldung von Forderungen . . . . .	171
1.3.1	Wer meldet was an? . . . . .	171
1.3.2	Verfahren . . . . .	174
1.3.3	Die Feststellungsklage (§§ 179, 180, 182, 189 InsO) . . . . .	177
1.3.4	Nachrangige Insolvenzgläubiger . . . . .	180
2.	Massebeschlag und Vollstreckungsverbote . . . . .	180
2.1	Der Umfang des InsolvenzbeschLAGES . . . . .	180
2.1.1	Die Reform des Kontenpfändungsschutzes - das »p-Konto« . . . . .	182
2.1.2	Umfang des Regelungsgegenstandes von § 36 und regelhafte Fälle . . . . .	193
2.1.3	Einwendung (i. d. R. eines Dritten) gegen Vollstreckungen aufgrund des Eröffnungsbeschlusses (§ 148 Abs. 2 Satz2 InsO) . . . . .	229
2.1.4	Das Problem des »weiterwirtschaftenden« selbständigen Schuldners (§ 35 InsO) . . . . .	234
2.1.5	Die Möglichkeit von »Freigaben« zur Reduzierung von Masseverbindlichkeiten in anderen Fällen . . . . .	267
2.1.6	Die Insolvenz von »Kammerberuflern« . . . . .	270
2.1.7	Unterhalt/Arbeitseinkommen/massezugehörige Ansprüche im Übrigen . . . . .	282
2.1.8	Die Nachtragsverteilung . . . . .	290
2.2	Umfang der Einstellung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen . . . . .	293
2.2.1	Systematik des § 89 InsO . . . . .	293
2.2.2	Zweifelhafte Vollstreckungsmaßnahmen . . . . .	296
2.2.3	Ausnahmen für das Vollstreckungsverbot . . . . .	300
2.2.4	Die Zuständigkeit für Vollstreckungseinwendungen . . . . .	306
2.3	Pflichten und Rechte des Schuldners bzw. seiner organschaftlichen Vertreter bei gerichtlichen Zwangsmitteln . . . . .	307
2.3.1	Die PostsperrE (§ 21 Abs. 1 Nr. 4 InsO bzw. §§ 99, 101 Abs. 1 Satz 1, 102 InsO) . . . . .	308
2.3.2	Der Haftbefehl (§§ 20 Abs. 1; 21 Abs. 3, 22 Abs. 3, Satz 3, 2. Hs. bzw. §§ 97, 98, 101 InsO) . . . . .	309
2.3.3	Die Durchsuchung . . . . .	314
<b>Teil IV Das Restschuldbefreiungsverfahren . . . . .</b>	<b>316</b>	
1.	(Isolierter) Restschuldbefreiungsantrag des Schuldners? . . . . .	320
1.1	Kombination Eigenantrag – RSB-Antrag gesetzlich vorgeschrieben . . . . .	320
1.2	RSB-Antrag und Gläubigerantragsverfahren . . . . .	321
2.	Die Ankündigung der Restschuldbefreiung und die Wohlverhaltensphase . . . . .	324
2.1	Grundfragen . . . . .	324
2.1.1	Allgemeines . . . . .	324
2.1.2	Verfassungsmäßigkeit . . . . .	325
2.1.3	Möglichkeiten der vorzeitigen Erteilung der Restschuldbefreiung . . . . .	326
2.1.4	Abgrenzung §§ 290/295 InsO – die Pflichtenkreise . . . . .	343

# Inhaltsverzeichnis

---

2.1.5 Der Treuhänder der Wohlverhaltensphase . . . . .	349
2.2 Versagung der Restschuldbefreiung gem. § 290 InsO . . . . .	350
2.2.1 Grundsätzliches . . . . .	350
2.2.2 Die Versagungsgründe gem. § 290 Abs. 1 InsO im Einzelnen . . . . .	365
3. Versagung der Restschuldbefreiung gem. §§ 295, 296, 297, 298 InsO (Wohlverhaltensperiode) . . . . .	388
3.1 Generelles . . . . .	388
3.1.1 Die Wohlverhaltensphase . . . . .	388
3.1.2 Der Versagungsantrag . . . . .	389
3.2 Versagung gem. § 295 InsO . . . . .	390
3.2.1 Die Obliegenheitsverletzung gem. § 295 Abs. 1 Nr. 1 InsO . . . . .	390
3.2.2 Die Obliegenheitsverletzung gem. § 295 Abs. 1 Nr. 2 InsO . . . . .	397
3.2.3 Die Obliegenheitsverletzung gem. § 295 Abs. 1 Nr. 3 InsO . . . . .	400
3.2.4 Die Obliegenheitsverletzung gem. § 295 Abs. 1 Nr. 4 InsO . . . . .	405
3.3 Die Benachteiligung der Gläubiger (§ 296 InsO) . . . . .	405
3.3.1 Befriedigungs-Beeinträchtigung . . . . .	405
3.3.2 Glaubhaftmachung und Verschulden . . . . .	407
3.4 Heilung . . . . .	409
3.5 Obliegenheitserfüllungsversicherung gem. § 296 Abs. 2 InsO –Versagung mit oder ohne Antrag . . . . .	410
3.6 Verdienst des selbständig tätigen Schuldners (§ 295 Abs. 2 InsO) . . . . .	414
3.6.1 Der abzuführende Betrag ohne Freigabe . . . . .	414
3.6.2 Der abzuführende Betrag bei Freigabe – Ermittlung im eröffneten Verfahren . . . . .	416
3.6.3 Der abzuführende Betrag bei Freigabe – Ermittlung in der Wohlverhaltensphase . . . . .	417
3.6.4 Kontrollpflichten des Treuhänders in der Wohlverhaltensphase . . . . .	421
3.7 Versagung gem. § 297 InsO . . . . .	422
3.8 Versagung gem. § 298 InsO . . . . .	423
3.9 Zuständigkeit für Erteilung der RSB und Folgen einer Versagung . . . . .	425
3.10 Streitwert im RSB-Versagungsverfahren . . . . .	425
4. Probleme bei Forderungen gem. § 302 InsO . . . . .	426
4.1 Ausgangslage – Anmeldung . . . . .	426
4.2 Was kann als Forderung gem. § 302 InsO geltend gemacht werden? . . . . .	430
4.2.1 Tatbestandsbeispiele . . . . .	430
4.2.2 Nebenforderungen von RSB erfasst? . . . . .	433
4.3 Der Widerspruch des Schuldners – § 184 InsO – gegen das Attribut . . . . .	436
4.3.1 Regelabfolge/Wirkung . . . . .	436
4.3.2 Belehrung . . . . .	438
4.3.3 Widerspruch-Verfahrensablauf . . . . .	439
4.3.4 Umkehrung der Klagpflicht bei Titulierung . . . . .	440
4.3.5 Was gilt als »Titel« im Sinne des »Attributes«? . . . . .	442
4.4 Die Feststellungsklage . . . . .	445
4.4.1 Klagfrist und Reichweite der Feststellungsklage . . . . .	445
4.4.2 Zuständigkeit für Feststellungsklage? . . . . .	447

4.4.3 Streitwert? .....	448
4.4.4 Verjährung .....	449
4.4.5 Kostenerstattung für Feststellungsklage .....	451
4.5 Die Folgen des Widerspruchs bzw. seiner Nicht-Erhebung .....	452
5. Die Dauer der Wohlverhaltensphase .....	453
5.1 Allgemeines .....	453
5.2 »Überschießen« des eröffneten Verfahrens über die gesetzlich vorgesehene Dauer der Wohlverhaltensperiode .....	454
5.2.1 Termin zur Stellung von Versagungsanträgen .....	454
5.2.2 Welche Versagungsgründe können geltend gemacht werden? .....	455
5.2.3 Insolvenzbeschlag und Abtretungserklärung nach Erteilung der RSB ..	456
6. Vollstreckungen in der Wohlverhaltensperiode .....	459
7. Erteilung, Wirkung und Widerruf der erteilten Restschuldbefreiung .....	461
7.1 Erteilung der Restschuldbefreiung .....	461
7.2 Wirkung der RSB .....	462
7.3 Durchsetzung der RSB .....	463
7.4 Widerruf der Restschuldbefreiung .....	463
<b>Teil V Die Möglichkeiten der Eigenverwaltung .....</b>	<b>465</b>
1. Generelles zum Verfahren .....	465
1.1 Anwendungsbereich .....	465
1.2 Schutzschildverfahren .....	466
1.3 Vor- und Nachteile .....	466
2. Voraussetzungen der Anordnung und Ablauf .....	467
2.1 Zeitpunkt der Anordnung .....	467
2.2 Antragstellung .....	470
2.3 Masseverbindlichkeiten im Eröffnungsverfahren bei Eigenverwaltung .....	470
2.4 Weiterer Verfahrensablauf .....	471
<b>Teil VI Überblick über das Insolvenzplanverfahren .....</b>	<b>473</b>
1. Ziele und Grenzen des Planverfahrens .....	473
1.1 Erweiterung der Zielgruppe .....	473
1.2 Rechtliche Stellung des Insolvenzplanes .....	476
1.3 Vorteile und Risiken des Insolvenzplanverfahrens .....	477
2. Die Plangestaltung .....	477
2.1 Darstellender und gestaltender Teil .....	477
2.2 Gruppenbildung .....	479
2.3 Planwirkung .....	480
3. Ablauf des Planverfahrens .....	482
3.1 Anhörungen und Termin .....	482
3.2 Abstimmung .....	482
3.3 Versagung oder Bestätigung und Rechtsmittel .....	483
3.4 Aufhebung und Nachwirkungen .....	485

## Inhaltsverzeichnis

---

Anhang 1 Entwurf eines Gesetzes zur Verkürzung des Restschuldbe- freiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte - BT-Drucks. 17/11268 . . . . .	489
Anhang 2 Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses - BT-Drucks. 17/13535 . . . . .	579
Anhang 3 Berufsgrundsätze der Insolvenzverwalter – Verband Insolvenz- verwalter Deutschlands e. V. . . . .	629
Anhang 4 Grundsätze ordnungsgemäßer Insolvenzverwaltung (GOI) – Verband Insolvenzverwalter Deutschlands e. V. . . . .	634
Anhang 5 Gesetzlicher Antragsbogen Verbraucherinsolvenz. . . . .	646
Stichwortverzeichnis. . . . .	689